

**Analyse des Monitorings der russischen Print-und-Onlinemedien zum Thema
“Internationale Afghanistan-Konferenz in London am 28. Januar 2010”
(im Zeitraum vom 22. Januar bis 1. Februar 2010)**

Hintergrundinformation:

Am 28. Januar fand in London die Internationale Afghanistan-Konferenz statt, wo Außenminister, ihre Stellvertreter und Experten aus ca. 70 Ländern teilnahmen und über die Situation und vor allem über die weiteren Stabilisierungsstrategien für Afghanistan diskutierten.

Seit den Terroranschlägen in den USA 2001 wurde ein Versuch von den USA und ihren Verbündeten unternommen, die Taliban in Afghanistan zu stürzen, weil sie den internationalen Terrorismus und vor allem Al-Quaeda unterstützt haben. Seit November 2001 befanden sich dort Militärtruppen der NATO, sowie einige Monate später International Security Assistance Forces (ISAF) – internationale Militärkräfte, die im Einklang mit dem UNO-Sicherheitsrat-Mandat eingeführt wurden. Doch im Laufe von neun Jahren gab es weniger Erfolg als erwartet. Es wurde immer schwieriger für die NATO-Verbündeten, zusätzliche Militärtruppen zu senden. Mit jedem getöteten Soldaten wuchs außerdem die Unruhe unter der Bevölkerung in den jeweiligen beteiligten Ländern über den Sinn und Zweck. Die NATO-Verbündeten sprachen von geplanten Truppen-Abzügen: USA ab Juli 2011, Deutschland ab 2015 (Forderungen der SPD und Grünen). Der Anlass der Afghanistan-Konferenz war somit die Antwort auf die Frage, was kann und sollte die internationale Gemeinschaft tun, damit Afghanistan stabil wird, ohne dabei dort weiter Präsenz zu zeigen.

Die russisch-afghanischen Beziehungen sind durch die tragischen Ereignisse des sowjetischen Krieges in Afghanistan 1979-1989 geprägt. Auch heute bleibt dieser Krieg in der Erinnerung vieler Afghanen und Russen. Der 15. Februar ist der Nationalfeiertag in Afghanistan – der Tag des Sieges über die Sowjetunion im afghanisch-sowjetischen Krieg. Als Nachfolgerstaat der UdSSR erbt somit Russland diesen Geschichtsballast. Auf der anderen Seite will Russland sich in die internationale Gemeinschaft integrieren. Ohne Beteiligung im Afghanistan-Engagement scheint das kaum möglich zu sein. An der internationalen Afghanistan-Konferenz in London nahmen der Außenminister Russlands Sergej Lawrow, begleitet von Samir Kabulov – ebenfalls Diplomat und einer der renommiertesten Afghanistan-Expert in Russland, teil.

Das Ziel dieser Monitoringanalyse ist die Reaktionen auf die Konferenz in den ausgewählten Print- und- Onlinemedien Russlands zu zeigen und sie zu analysieren.

Das Monitoring umfasste vier Zeitungen und drei Onlinemedien (es wurden vorläufig mehrere ausgewählt, die auch unterschiedlich eingestuft wurden: eher offiziell (wie *Moskowskij Komsomolez*), wirtschaftlich-liberal (wie *Kommersant*), liberal (wie *www.gazeta.ru*), liberal-offiziell (wie *Nezawisimaja gazeta* (Unabhängige Zeitung); *www.polit.ru*; *www.slon.ru*), eher kritisch (wie *Nowaja gazeta* – Neue Zeitung) usw.

Radio und TV-Beiträge wurden aus zeitlichen und ressourcenbedingten Gründen für diese Monitoringanalyse nicht verwendet. Im Zeitraum vom 22. Januar bis 1. Februar (7 Tage vor der Konferenz und 5 Tage nach der Konferenz) wurden Artikel in folgenden genannten Medien veröffentlicht:

- 3 ausführliche Artikel in *Kommersant*;
- 5 ausführliche Artikel in *Nezawisimaja gazeta*;
- 3 Artikel auf *www.slon.ru*;
- 4 Artikel auf *www.gazeta.ru*;
- 1 Artikel auf *www.polit.ru*.

Wir haben folgende Behauptungen aus der Monitoringsanalyse hervorgehoben, die entweder ähnlichen Inhalts waren oder kontrovers das Thema behandelten:

1. Russlands Beteiligung in Afghanistans Stabilisierung begrenzt sich auf die weitere humanitäre Hilfe (z.B. Schuldenerlass oder Getreideexport ohne Entgelt – jedoch wurde es nicht genannt, in welchen Jahren und in welchem Ausmaß), Transitdienstleistungen für die NATO (Russland lässt seit 2008 sein Territorium für den Transit seitens der NATO nach Afghanistan), eventuell auf den Wiederaufbau von 142 Infrastrukturobjekte auf kommerzieller Grundlage, die noch in der Sowjetzeit entwickelt, aber nicht realisiert wurden bzw. die, die ihre Umsetzung bereits fanden, aber sich in einem katastrophalen Zustand befinden. Zur möglichen Unterstützung seitens Russlands gehören auch die eventuellen Exporte von Militärtechnik (wie die in Afghanistan bekannten Hubschrauber Mi 8/17) nach Afghanistan, falls sie von den Afghanen bestellt werden. Außerdem will Russland verstärkt gegen Drogenkriminalität auf afghanischem Boden weiterkämpfen.

Der erste Punkt fand große Resonanz in den analysierten Medien, weil es unmittelbar um Russlands Rolle in Afghanistan geht. *Nezawisimaja gazeta* betont ausdrücklich Russlands ziviles Engagement dort: dabei werden in erster Linie Schuldenerlass, humanitäre Hilfe (ca. 10 Milliarden Dollar s. *Nezawisimaja gazeta* vom 27.01.2010). Unter dieses Engagement fällt auch die Lieferung von benutzten Waffen (s. *ebenda*). Die Zeitung betont auch, dass Russland sich weiter in Afghanistan engagieren will, wenn die internationale Gemeinschaft dafür bezahlen wird. Auch *Kommersant* schreibt ironisch am selben Tag: "Russland ist bereit, Afghanistan mit westlichen Geldern aufzubauen". Sehr ausführlich beschreibt *Kommersant* die genauen Absichten Russlands diesbezüglich. Es geht also um den Wiederaufbau ohne zusätzliche Teilnahme am Tender von 142 Infrastrukturobjekten in Afghanistan, die noch von der Sowjetunion entworfen und zum Teil realisiert wurden, aber eine entsprechende Wiedergeburt brauchen. Unter diesen Objekten sind z.B. das Wasserkraftwerk Puli-Humri II am Fluss Kunduz, das Wasserkraftwerk Naglu *ebenda*, die Stickstoff-Fabrik in Masari-Scharif, Strasse und der Tunnel Salang durch das Gebirge Hindukusch, diverse Straßen, Öl- und Gaspipelines. *Kommersant* zitiert Dmitrij Rogosin, Botschafter Russlands bei der NATO: "Während der Finanzkrise darf sogar Käse in der Mäusefalle nicht kostenlos sein" (*Kommersant*, 27.01.10). Damit verbindet die Autorin die Absicht der einzelnen russischen Medien, die überhaupt was zur Afghanistan-Konferenz schreiben durften, eine ziemlich eindeutige Position Russlands bezüglich des Afghanistan-Engagements zu zeigen, unter dem Motto: "Wiedereinmarsch nach Afghanistan wie 1979 unter keinen Umständen".

2. Im Rahmen der Afghanistan-Konferenz in London wurde von den beteiligten Nationen beschlossen, einen Stabilisierungsfonds für Afghanistan zu beschaffen. In den analysierten Medien nannte man die Summen von 500 Millionen \$ bis 1 Milliarde \$, davon soll Japan ca. 500 Millionen \$ zur Verfügung stellen. Ein großer Teil dieser Gelder soll an die Reintegration der Taliban- Bewegung gehen, damit sie ihre Waffen niederlegen.

Unterschiedlich nahmen die analysierten Medien in Russland diese Nachricht wahr. So reagiert *Nezawisimaja gazeta* am 25.01.2010 eher skeptisch darauf. Es gäbe bisher keine Rückmeldungen von den Taliban, die wenigstens ein Zeichen zeigen würden, dass dieser Reintegrationsvorschlag angenommen wird. Außerdem wurde ein Zitat von einem Taliban-Verteter Sabihulla Mudzhahid veröffentlicht, dass er nicht bereit sei, mit der Regierung des afghanischen Präsidenten Hamid Karzais Verhandlungen zu führen (*Nezawisimaja gazeta*, 25.01.2010). *Nezawisimaja* schrieb am 28.01.2010, dass der deutsche Außenminister Guido Westerwelle ein großer Anhänger des Taliban-Integrationsprojektes sei. Am 29.01.2010 entwickelte *Nezawisimaja gazeta* das Thema weiter, in dem sie über die Streichung von fünf

Vertretern der Taliban- Bewegung von der "schwarzen Liste" der Terroristen durch den UNO-Sicherheitsrat schrieb.

Ausführlich und sachlich schreibt die liberale Online-Zeitung *www.gazeta.ru* über das Reintegrationsprojekt. Neu war die Information über die Absicht der internationalen Vertreter die Verhandlungen in Afghanistan mit zwei Ebenen der Taliban- Bewegung zu führen: mit der "unteren" Ebene, Taliban- Soldaten, sowie mit der "oberen" Ebene der Taliban- Elite (Führer). Ersteren werden Sicherheit anstatt der Waffenniederlegung gewährleistet, letzteren werden außer Sicherheit, auch politische Posten versprochen (s. *www.gazeta.ru* am 27.01.2010).

Das Online-Medium *www.slou.ru* zitiert am 28.01.2010 dazu Hamid Karsais Worte auf der Konferenz in London: "Wir sollten einen Nationalrat für Frieden und Reintegration bilden. Danach werden wir eine Friedenssjirga einberufen" (*Friedenssjirga ist der gesamtafghanische Ältestenrat der Weisen – M.U.*).

Außerdem spekuliert *www.slou.ru* über die gegenwärtige Anwesenheit des Taliban-Führers Mulla Mohammed Omar in Pakistan und fügt hinzu, dass Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Pakistan die einzigen Länder waren, die die Taliban-Bewegung als staatliche Macht in Afghanistan nach 2001 anerkannt hatten. Ausführlich und auch ironisch beschrieb das Online-Medium außerdem die gegenwärtige US-Strategie in Afghanistan bezüglich einerseits der Verhandlungen mit der Taliban und deren finanzieller Unterstützung, andererseits das Vorhaben, die Taliban zu zersplittern und zu vernichten (*www.slou.ru*, 28.01.2010).

Das Online-Medium *www.polit.ru* betont ebenso das Ziel von Hamid Karsai, die Taliban zum Frieden zurückkehren zu lassen, berichtet außerdem von einer Vorbereitung auf die Afghanistan-Konferenz in der türkischen Hauptstadt Istanbul. Dort führten Präsidenten Afghanistans, Pakistans und der Türkei die Verhandlungen am 27. Januar 2010. Angeblich wollte Hamid Karsai schon längst die Taliban- Reintegration, was der türkische Präsident Abdulla Guell sowie der pakistanische Praesident Asef Ali Sardari unterstützten. Nur kam die Unterstützung aus dem Westen eben vor kurzem. (*www.polit.ru* am 27.01.2010).

3. Einige unterschiedliche Schwerpunkte in der Berichterstattung wurden in den jeweils analysierten Medien betont.

Wie in keiner anderen Zeitung wurde die deutsche Position in Afghanistan in *Nezawisimaja gazeta* am 28.01.2010 dargestellt, insbesondere die Streitigkeit und Differenzen zur Afghanistan-Politik zwischen der Opposition (SPD) und den führenden Parteien CDU/CSU und FDP).

Ziemlich überraschend kam für Journalisten von *Nezawisimaja gazeta* das deutsche Engagement von Guido Westerwelle bezüglich des Geldangebots für Taliban-Vertreter angesichts der Rückkehr zum „normalen Leben“. Laut *Nezawisimaja gazeta* wird Afghanistan immer mehr zu einem Gegenstand der besonderen Beziehungen zwischen Russland und der NATO und gleichzeitig macht es Probleme in der Innenpolitik der EU- Länder (s. *Nezawisimaja gazeta* am 28.01.2010).

In *Kommersant* vom 27.01.2010 wurde sehr detailliert die gegenwärtige Position Russlands zu Afghanistan dargestellt. Ein Tag später wurde ebenda ausführlich das Vorhaben der westlichen Alliierten auf der Afghanistan-Konferenz beschrieben, und zwar das Dokument, das auf der Versammlung verabschiedet werden muss. In derselben Ausgabe wurde ein exklusives Interview mit dem Außenminister Großbritanniens David Miliband veröffentlicht. Dort erklärte er detailliert die britische Position im Afghanistan-Einsatz.

Die Online-Zeitung *www.gazeta.ru* betonte auf einer Seite die vollständige Wiederaufnahme der Militärbeziehungen zwischen Russland und der NATO seit dem Georgisch-Russischen Krieg 2008. Hiermit geht es um das hochrangige Treffen in Brüssel, zwei Tage vor der Konferenz in London, zwischen Genstab- General Russlands Nikolaj Makarov und dem Vorsitzenden des NATO- Militärrats - dem italienischen Admiral Giampaolo di Paola.

Thema war die verstärkte Zusammenarbeit in Afghanistan im Vorfeld der Londoner Konferenz (s. www.gazeta.ru am 27.01.2010). Auf der anderen Seite verglich am 28.01.2010 www.gazeta.ru die Kriterien für Afghanistan mit solchen damals im Jahr 2007 im Kosovo. Vor drei Jahren diskutierten die westlichen Alliierten ebenso über den Status und die Stabilisierung des Kosovos wie heute - diesmal mit der Teilnahme Russlands - über Afghanistan. Die Online-Zeitung betonte in diesem Zusammenhang, dass wie vor drei Jahren im Kosovo wieder dieselbe Person beauftragt wurde - der Norweger Kai Aide (UN-Sondergesandter für Afghanistan) - die Erfüllung der Stabilisierungskriterien in Afghanistan einzuschätzen. Der Vergleich Afghanistan-Kosovo kommt für die Autorin eher ungewöhnlich vor, weil Afghanistan ein souveräner Staat ist, was nicht der Fall mit dem Kosovo ist.

Das Online-Medium www.slou.ru schrieb verstärkt über die Position Afghanistans im ganzen Prozess der Verhandlungen. Dabei wird Hamid Karsai mehrmals zitiert (s. www.slou.ru am 28.01.2010). Am selben Tag beschrieb www.slou.ru sehr ausführlich die US-Politik in Afghanistan mit der Hintergrundinformation zur Geschichte und dem deutlichen Unterschied zwischen der jeweiligen Politik der Bush-Administration und der Obama- Administration.

Fazit:

Unter den zahlreichen Medien Russlands stellten einige davon die russischen Reaktionen auf die Afghanistan-Konferenz in London ausführlich dar. Hervorzuheben in der Monitoringanalyse sind *Kommersant*, www.gazeta.ru, *Nezawisimaja gazeta*, www.polit.ru und www.slou.ru.

Das hängt aus meiner Sicht damit zusammen, dass das Thema Afghanistan im Bewusstsein vieler russischen Bürger im Alter von 40-65 Jahren mit dem Sowjetisch-Afghanischen Krieg in Verbindung gebracht wird. Das ist eine Bevölkerungsgruppe (besonders der männlicher Teil davon), die vom Alter her möglicherweise die meisten verantwortungsvollen Positionen in der Politik, Wirtschaft sowie im Öffentlichkeitsleben hat. Mit dem „Kleinreden“ der Afghanistan-Problematik soll nach meiner Meinung kein Eindruck erweckt werden, dass Russland sich in Afghanistan wieder verstärkt engagiert.

Da aber Russland sich in die internationale Gemeinschaft integrieren will, wird die humanitäre Unterstützung seinerseits für Afghanistan fortgesetzt. Damit sind weitere Getreide- und – Kleinwaffenexporte für die Stabilisierung des Landes gemeint. Die lauten Worte zum Wiederaufbau von 142 Zivilobjekten in Afghanistan seitens der russischen Seite mögen aber aus meiner Sicht nur Worte bleiben. Keiner der westlichen Alliierten wird in der Lage sein, russisches Engagement dort finanziell zu unterstützen und dabei auch noch ohne Beteiligung landeseigener Subunternehmer, weil das wohl unglaublich in den betreffenden Ländern angenommen wird.

Die russischen Afghanistan-Politik hält der Kreml für ausreichend. Die westlichen Alliierten halten dies natürlich für zu wenig und plädieren für mehr Engagement, weil das für Russland zugutekommen soll, in erster Linie für die eigene Sicherheit, vor allem hinsichtlich der Drogenkriminalitätsbekämpfung. Darauf hat Russland wiederum eine eigene Antwort: seit 2007 werden, wie der Direktor des Zentrums für die Forschung Afghanistans Omar Nessar mitteilte, afghanische Polizisten in Moskau bei der Polizeiakademie überwiegend in Fragen der Drogenkriminalitätsbekämpfung unterrichtet. Die Kurse werden in Zusammenarbeit mit der NATO angeboten und dauern ca. zwei Wochen lang.

Das ist eine Initiative, die dem deutschen Engagement nahe steht.

Maria Usacheva,
Referentin für Außen- und Sicherheitspolitik,
Filiale der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland
Moskau, 6.02. – 19.03.2010